

Absender:

---

---

---

Yurii Yakovlevich Chaika  
Prosecutor General of the Russian  
Federation  
Prosecutor General's Office  
ul. B. Dmitrovka, d.15a  
125993 Moscow GSP-3  
RUSSIAN FEDERATION

Datum \_\_\_\_\_

### ***Demonstranten vom Bolotnaja-Platz***

Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt

Am 6. Mai 2012 wurden Wladimir Akimenkow, Artiom Saviolow und Mikhail Kosenko verhaftet, weil sie gemeinsam mit zehntausend MitbürgerInnen auf dem Moskauer Bolotnaja-Platz friedlich demonstriert haben. Den drei Männern wird „Beteiligung an Massenunruhen“ und dabei Gewalt gegen Polizei vorgeworfen. Wladimir Akimenkow und Artiom Saviolow stehen derzeit in Moskau vor Gericht. Ihnen drohen langjährige Gefängnisstrafen. Mikhail Kosenko, der seit einer Kopfverletzung an psychischen Störungen leidet, wurde zwangsweise in die geschlossene Psychiatrie eingewiesen.

Es gibt keine überzeugenden Hinweise darauf, dass sich die drei Männer an gewaltsamen Auseinandersetzungen beteiligt haben. Im Gegenteil belegen Videoaufnahmen, dass sie friedlich demonstriert haben. Die Gewalt während der Proteste ging Dokumentationen zufolge eindeutig von den Sicherheitskräften aus. Amnesty International betrachtet die drei Männer als Gewissensgefangene, die allein deshalb inhaftiert wurden, weil sie friedlich ihre Rechte auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit ausgeübt haben.

Ich fordere Sie daher auf,

- die Anklage gegen Wladimir Akimenkow, Artiom Saviolow und Mikhail Kosenko fallenzulassen und sich für eine sofortige und bedingungslose Freilassung der drei Männer und sämtlicher weiterer gewaltlosen politischen Gefangenen in diesem Verfahren einzusetzen;
- sicherzustellen, dass die Prozesse gegen alle anderen Angeklagten, die im Zusammenhang mit der Demonstration vom Bolotnaja-Platz vor Gericht stehen, internationale Standards für faire Gerichtsverfahren erfüllen.

Mit freundlichen Grüßen

---

Absender:

---

---

---

Prime Minister  
Hailemariam Desalegn  
P.O. Box 1031  
Addis Ababa  
Ethiopia

Datum \_\_\_\_\_

***Eskinder Nega***

Sehr geehrter Herr Premierminister

Der äthiopische Journalist Eskinder Nega wurde als „Terrorist“ verurteilt und verbüsst gegenwärtig eine Gefängnisstrafe von 18 Jahren. Er wurde 2011 angeklagt, nachdem er Reden gehalten und Artikel geschrieben hatte, mit denen er die Regierung kritisierte und Redefreiheit forderte. Amnesty International betrachtet ihn als gewaltlosen Gewissensgefangenen.

Eskinder Nega war bereits in den Jahren zuvor aufgrund seiner journalistischen Tätigkeit angegriffen, verhaftet und verfolgt worden. 2006 und 2007 sind er und seine Ehefrau Serkalem Fasil zusammen mit 129 anderen JournalistInnen, Oppositionspolitikern und AktivistInnen unter dem Vorwurf des „Verrats“ inhaftiert und verurteilt worden.

Ich fordere Sie auf,

- zu veranlassen, dass Eskinder Nega unverzüglich und bedingungslos freigelassen wird,
- Regierungskritiker nicht mehr durch den Missbrauch des Strafgesetzes zum Schweigen zu bringen und die Repression gegen JournalistInnen, MenschenrechtsaktivistInnen und andere zivilgesellschaftliche Akteure zu beenden.

Mit freundlichen Grüßen

---

Absender:

---

---

---

Alyaksandr Koniuk  
Generalnaya Prokuratura  
ul. Internatsionalnaya 22  
220030 Minsk  
Belarus

Datum \_\_\_\_\_

***Ihar Tsikhanyuk, LGBTI-Aktivist***

Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt

Ihar Tsikhanyuk, ein offen schwuler Mann und Aktivist für die Rechte von LGBTI (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle) befand sich wegen eines Magengeschwürs in stationärer Behandlung, als zwei Polizeibeamte das Spital betraten und ihn auf den Polizeiposten abführten. Dort wurde er von den beiden Polizisten mehrfach geschlagen, beleidigt und bedroht.

Der Vorfall trug sich im Februar 2013 zu, kurz nachdem Ihar Tsikhanyuk versuchte, das Menschenrechtszentrum „Lambda“, eine Organisation für die Rechte von LGBTI in Weissrussland, offiziell registrieren zu lassen. Bisher wurde niemand für den Übergriff auf Ihar Tsikhanyuk zur Rechenschaft gezogen.

Ich fordere Sie daher auf,

- umgehend eine Untersuchung über die Misshandlung und Bedrohung von Ihar Tsikhanyuk durch Polizeibeamte auf dem Posten „Oktober-Distrikt“ in Hrodna einzuleiten,
- sicherzustellen, dass die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen

---

Absender:

---

---

---

Jesús Murillo Karam  
Procurador General de la República  
Procuraduría General de la República  
Paseo la Reforma 211-213  
Col. Cuauhtémoc, C.P. 06500  
Ciudad de México  
MÉXICO

Datum \_\_\_\_\_

***Gerechtigkeit für Miriam López /Justicia para Miriam López***

Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt

Im Februar 2011 wurde die Hausfrau Miriam López, kurz nachdem sie ihre Kinder in der Schule abgesetzt hatte, von zwei Männern in Sturmhauben aufgegriffen. Sie wurde gefesselt und mit verbundenen Augen in eine Militärkaserne in der Stadt Tijuana verschleppt. In der folgenden Woche wurde sie mehrfach von Soldaten vergewaltigt und gefoltert, bis sie ein falsches Schuldbekenntnis unterzeichnete, das sie in Verbindung mit Drogendelikten brachte. In Erwartung eines Gerichtsverfahren wurde sie ins Gefängnis gebracht, jedoch nach sieben Monaten ohne Anschuldigung freigelassen.

Obwohl Miriam López wegen der Folter und Vergewaltigung Anzeige erstattet hat, ist bisher niemand dafür zur Rechenschaft gezogen worden. Im Oktober 2012 bestätigte die Nationale Menschenrechtskommission (CNDH), dass Miriam López gefoltert und vergewaltigt wurde, und empfahl, die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen und Miriam López zu entschädigen.

Ich fordere Sie daher auf,

- umgehend eine umfassende und unparteiische Untersuchung der willkürlichen Inhaftierung, Vergewaltigung und Folter von Miriam López einzuleiten,
- dafür zu sorgen, dass die Ergebnisse der Untersuchung veröffentlicht, die Verantwortlichen vor Gericht gestellt und die Empfehlungen des Uno-Ausschusses gegen Folter ohne Verzug umgesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen

---

Absender:

---

---

---

Moshe Ya'alon  
Minister of Defence  
Ministry of Defence  
37 Kaplan Street  
Hakiryia  
Tel Aviv 61909  
Israel

Datum \_\_\_\_\_

***BewohnerInnen von Nabi Saleh / Nabi Saleh village***

Sehr geehrter Herr Minister

Die rund 550 Bewohnerinnen und Bewohner des Dorfs Nabi Saleh in der Westbank sind häufigen gewaltsamen Repressionen seitens der israelischen Armee ausgesetzt.

Die DorfbewohnerInnen führen seit 2009 wöchentlich friedliche Protestaktionen gegen Israels militärische Besetzung und gegen die völkerrechtlich illegale israelische Siedlung Halamish durch. Halamish hat sich den überwiegenden Teil des Landwirtschaftslands von Nabi Saleh angeeignet. Trotz gegenteiliger Gerichtsbeschlüsse haben die SiedlerInnen den Dorfbrunnen zu einer „Touristenattraktion“ erklärt, zu der die BewohnerInnen von Nabi Saleh keinen Zugang mehr haben.

Die israelische Armee beantwortet die friedlichen Protestaktionen der DorfbewohnerInnen mit unverhältnismässiger und unnötiger Gewalt. Bisher wurden dabei zwei Personen, Mustafa und Rushdi Tamimi, getötet, sowie Hunderte verletzt, darunter Frauen und Kinder.

Die israelische Armee versucht auch, die DorfbewohnerInnen einzuschüchtern, indem sie beispielsweise das ganze Dorf zum militärischen Sperrgebiet erklärt, nächtliche Razzien durchführt, Kinder verhaftet oder willkürlich Tränengaspetarden auf die Häuser schießt.

Ich fordere Sie daher auf,

- die israelischen Sicherheitskräfte anzuweisen, den Einsatz unnötiger und unverhältnismässiger Gewalt gegen Demonstrierende in Nabi Saleh umgehend zu stoppen,
- sicherzustellen, dass die für die Tötung von Mustafa und Rushdi Tamimi sowie die Verletzungen anderer DorfbewohnerInnen verantwortlichen Armeemitglieder vor Gericht gestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen

---